

Vermittler für die Zwischenzeit

Im Nahen Osten geht es ein wenig voran - nach den US-Wahlen muss die EU die Verhandlungen vorantreiben

Von Volker Perthes

Es gibt ein wenig Bewegung im Nahen Osten. Nicht nur Israelis und Palästinenser verhandeln wieder unter amerikanischer Aufsicht miteinander. Auch Syrien und Israel befinden sich in einem indirekten Verhandlungsprozess, in dem die Türkei als Vermittler agiert. Im Libanon ist nach mehr als eineinhalb Jahren wieder eine arbeitsfähige Regierung gebildet worden. Dies wäre ohne Zustimmung aus Syrien kaum möglich gewesen - und Damaskus würde sie nicht gegeben haben, wenn es nicht überzeugt wäre, dass Verhandlungen mit Israel zumindest mittelfristig Erfolg versprechen könnten.

Bei aller Aktivität, die wir derzeit in der Region erleben, wird der politische Kalender Amerikas einkalkuliert: Man wartet, sehnlich oder mit Sorge, auf ein Ende der Bush-Zeit. Niemand glaubt, dass die Regierung von George W. Bush irgendeinen der im Nahen und Mittleren Osten angelaufenen diplomatischen Prozesse zu Ende führen könnte. So hat Syrien bereits explizit erklärt, dass es keinen Sinn mache, von indirekten zu direkten Verhandlungen überzugehen, bevor eine neue US-Regierung im Amt sei, die solche Verhandlungen dann auch aktiv begleiten könne. Implizit gilt dies aber auch für die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Der amerikanische Präsident hat zwar des Öfteren bekräftigt, dass er noch in seiner Amtszeit den Abschluss eines Abkommens erwarte. Tatsächlich sind in den intensiven Gesprächen zwischen Israels Ministerpräsident Olmert und dem palästinensischen Präsidenten Abbas auch alle kritischen Themen auf den Tisch gekommen. In einigen der schwierigen Einzelfragen scheinen sie sich auch angenähert zu haben. Selbst unter einem sehr positiven Szenario sind aber bestenfalls weitere Annäherungen denkbar, nicht jedoch der Abschluss eines umfassenden Friedensabkommens, das die komplexen Fragen der Zukunft Jerusalems, der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge, des Grenzverlaufs zwischen Israel und dem künftigen Staat Palästina oder der Verbindungen zwischen der Westjordanland und dem Gaza-Streifen regelt.

Unabhängig davon hätten weder Israels Ministerpräsident, der nur noch auf Abruf regiert, noch der Palästinenserchef heute die Autorität und die notwendigen Mehrheiten, um ein Friedensabkommen zu ratifizieren und umzusetzen. Dies spricht nicht gegen den Prozess, sondern nur gegen übertriebene Erwartungen. Ein so fragiler Prozess kann leicht zusammenbrechen, wenn Betreuung, Anleitung und Hilfestellung durch eine dritte Kraft nicht mehr da sind, die bereit und in der Lage ist, die Parteien auch gegen den Widerstand ihrer jeweiligen inneren Gegner zur Fortsetzung der Verhandlungen zu ermutigen. Die derzeitige US-Regierung wird diese Rolle kaum noch spielen, wenn sie nach dem 4. November nur noch übergangsweise amtiert und viele ihrer Repräsentanten sich bereits um neue Tätigkeiten bemühen. Und die Regierung des nächsten Präsidenten wird erst einmal ihre Spitzenbeamten vom Kongress bestätigen lassen und eine Bestandsaufnahme vornehmen, bevor sie vielleicht im März oder April 2009 in der Diplomatie voll handlungsfähig ist.

Hier liegt die Aufgabe der Europäer. Die EU hat die derzeitigen israelisch-palästinensischen Friedensbemühungen mit auf den Weg gebracht. Die EU und einzelne ihrer Mitgliedsstaaten unterstützen sie durch Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen, insbesondere von Polizei

und Justiz in den palästinensischen Gebieten. Die EU wird sich nun auch darauf vorbereiten müssen, von Ende 2008 bis Frühjahr 2009 den Prozess selbst am Leben zu halten. Dabei gibt es einige strukturelle Eigenheiten der EU zu beachten. So hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy bereits eine aktivere Unterstützung des Friedensprozesses angekündigt, aber seine Ratspräsidentschaft endet am 31. Dezember, und die nachfolgende tschechische Präsidentschaft wird kaum die gleiche Energie und die gleichen Ressourcen für Nahost aufbringen können, um hier den Stab zu übernehmen. Der EU-Nahostbeauftragte, der belgische Diplomat Mark Otte, hat nicht das politische Gewicht, um eine Rolle zu übernehmen, die bislang von der amerikanischen Außenministerin gespielt wurde. Einzelne EU-Staaten wie Frankreich, Deutschland oder Spanien hätten sowohl die Fähigkeiten und könnten auch das Interesse haben, den von den Amerikanern begonnenen Prozess für einige Monate zu übernehmen. Eifersüchteleien zwischen diesen - und anderen - Staaten machen es aber schier unmöglich, dass einer von ihnen hier tatsächlich im Namen Europas agiert. Jene Staaten, die im europäischen Konsens handeln wollen, werden sich deshalb die Rolle nicht anmaßen; andere, die dies möglicherweise täten, werden sie nicht ausfüllen können.

Die EU muss deshalb aber nicht handlungsunfähig sein. Die Außenminister der EU-Staaten sollten baldmöglichst Javier Solana, den Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, beauftragen, von Jahresende an vorübergehend als Mediator zur Verfügung zu stehen. Von sich aus kann Solana hier nicht initiativ werden, aber mit einem Mandat des Außenministerrats kann er es sehr wohl. In seinem Stab ist man mit der Materie vertraut; die notwendigen diplomatischen Fähigkeiten wird ihm niemand absprechen. Willige europäische Staaten könnten ihn zudem zeitweise durch die Abstellung Nahost-erfahrener Diplomaten unterstützen.

Die Aufgabe hieße nicht "Frieden zu machen", also die israelisch-palästinensischen Verhandlungen zum Abschluss zu bringen. Dies kann die EU nicht, schon weil sie im Vergleich mit den USA weniger Einfluss auf Israel hat und weil sie Israel, aber auch den Palästinensern, keine Sicherheitsgarantie geben kann. Die EU kann den Prozess aber zeitweise treuhänderisch übernehmen und vor dem Absturz bewahren, und auch dazu beitragen, für einige der komplizierten Fragen - man denke an die politische Aufteilung Jerusalems als künftiger Hauptstadt zweier Staaten - Regelungen zu finden, um den Prozess und seine Leitung dann wieder im Frühjahr nach Washington zu übergeben.

Als aktiver Treuhänder könnte die EU beweisen, dass sie ihrem selbstgestellten Anspruch gerecht wird, durch präventive Diplomatie zur Krisenbewältigung beizutragen. Sie könnte gerade einer neuen US-Regierung auch zeigen, wie hoch eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts auf ihrer Prioritätenliste rangiert und dass es sich für Amerika lohnen kann, hier mit den transatlantischen Partnern zusammenzuarbeiten.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin. Das Institut berät auch die Bundesregierung in außenpolitischen Fragen.